

**DIE WAFFEN NIEDER – FRIEDEN JETZT!  
POLITIK DEM FRIEDEN VERPFLICHTEN!  
ABRÜSTUNG STATT SOZIALABBAU!**

# Oster Marsch **IN** LÜBECK auf dem Schranggen

**OSTERSAMSTAG**

Musik: **Sokugayu**  
und **Lars Herst**

# 15. April

**13.00** Auftakt • **ab 12.00** Infostände

**JA!** zu Abrüstung, Rüstungskonversion, zivilen Lösungen!

**NEIN!** zu weltweiten Kriegseinsätzen der Bundeswehr wie z.B. in Syrien, Irak, Mali und Afghanistan!

**NEIN!** zu Hochrüstung, Waffenexporten, Kampfdrohnen und zu einer EU/NATO-Kriegspolitik!

**JA!** zum Verbot der Atomwaffen!

**NEIN!** zur nuklearen Teilhabe und der Lagerung von Atombomben in Büchel!

**JA!** zu Solidarität mit allen Geflüchteten und zum Grundrecht auf Asyl!

**NEIN!** zu Rassismus, Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit!

**NEIN!** zu einem Einsatz der Bundeswehr gegen Flüchtende!

**JA!** zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa!

**JA!** zu einer neuen Entspannungspolitik in Europa!

**NEIN!** zu Feindbildern und einem neuen Kalten Krieg!

Die weltpolitische Lage spitzt sich weiterhin dramatisch zu. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Kriege, auch mit deutscher Beteiligung, Waffenexport, Ausbeutung, Freihandel und die Klimakatastrophe sind Ursachen dafür.

**KRIEG IST NIE EINE LÖSUNG!**

**EINE WELT DES FRIEDENS UND DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT IST MÖGLICH!**

## **Deutsche Beteiligung an weltweiten Kriegen beenden! Keine Interventionsarmee! Abrüsten statt Sozialabbau! Von Deutschland geht Krieg aus!**

Seit dem Ende der Blockkonfrontation haben sämtliche Bundesregierungen die Bundeswehr in Auslandseinsätze geschickt, um Macht, Einfluss und den Zugang zu Rohstoffen und Märkten zu sichern und zu erweitern.

Die Bundeswehr wird mit modernstem Kriegsmaterial ausgerüstet. Das Weißbuch 2016 misst ihr auf dem Weg der Militarisierung der Außenpolitik einen weltweiten Gestaltungs- und Führungsanspruch in EU und NATO zu.

Die Umsetzung des Ziels, bis 2024 den deutschen Rüstungshaushalt von 35 auf ca. 65 bis 70 Mrd. Euro anzuheben, würde Deutschland zur militärischen Führungsmacht in Europa machen und die soziale Spaltung verstärken. Das Geld wird im sozialen Bereich und für Bildung benötigt.

**Wir fordern**, die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden, die Bewaffnungsprogramme zur Herstellung weltweiter Interventionsfähigkeit zu stoppen und die drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer Abschaffung. Im Zuge des Abrüstungsprozesses soll Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austreten, was auch die Auflösung ausländischer Militärstützpunkte in Deutschland einschließt.

## **Militärische Drohungen gegen Russland beenden – Abrüsten! Entspannungspolitik statt Konfrontation!**

NATO und EU betreiben seit langem eine schrittweise Einkreisung Russlands. Ihre Vornestationierungen von Truppen an der Westgrenze Russlands und der Aufbau einer Raketenabwehr bei gleichzeitiger atomarer Aufrüstung der USA verschärfen die Spannungen. Die Erhöhung der Militärausgaben heizt ein brandgefährliches Wettrüsten an. Die Reaktionen der russischen Politik wirken wenig deeskalierend.

**Wir fordern** den Stopp neuer Waffenprogramme wie z.B. das Raketenabwehrsystem sowie Verhandlungen über atomare und konventionelle Abrüstung mit Russland. Der konventionell stark überlegene Militärpakt NATO muss dabei in Vorleistung treten. Die Bundeswehr muss aus Litauen abgezogen werden. Frieden in Europa kann es nur mit und nicht gegen Russland geben.

## **Den Flächenbrand im Nahen Osten stoppen! Frieden für Syrien, Irak und die Kurden!**

Die US-Aggressionen sind für die Herausbildung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) im Irak und dessen Ausdehnung nach Syrien verantwortlich. Der deutsche Eintritt in den Irak- und Syrienkrieg trägt ebenso zur Eskalation bei wie die Waffenexporte in den Nahen Osten und in die Türkei.

Mit der militärischen Einmischung von Katar, Saudi Arabien, der Türkei, Russland, dem Iran und der Allianz des Westens mit USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland wird der Krieg gegen Syrien und den Irak für jeweilige Eigeninteressen missbraucht.

**Wir fordern** den Abzug aller fremden Truppen und Kampfgruppen aus Syrien. Die Bundesregierung soll Verhandlungslösungen mit allen Konfliktbeteiligten anstelle militärischer Interventionen unterstützen und die Bundeswehr aus der Türkei abziehen! Die Wiener Vereinbarungen vom Oktober 2015 zur Einheit und Unabhängigkeit Syriens müssen endlich umgesetzt werden.

## Atomwaffen abschaffen!

Die USA betreiben ein Programm zur Modernisierung ihrer Atomwaffen und Trägermittel, das binnen 30 Jahren 1.000 Mrd. Dollar verschlingen soll. Sie lösen damit ein neues atomares Wettrüsten aus. Zielgenauere US-Atomwaffen sollen ab 2020 in Büchel stationiert werden und dienen der Bundesregierung dazu, an der „Nuklearen Teilhabe“ im Kriegsfall festzuhalten. BRD und USA stimmten in der UN-Vollversammlung im Oktober 2016 dagegen, im Jahr 2017 mit Verhandlungen über die vollständige Abschaffung von Atomwaffen zu beginnen.

**Wir fordern** die Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen konstruktiv für die vollständige atomare Abrüstung mittels eines weltweiten vertraglichen Verbots von Atomwaffen einzusetzen und den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen anzuordnen. Sie soll auf die „nukleare Teilhabe“ innerhalb der NATO verzichten.

## Konversion der Rüstungsindustrie statt Rüstungsexporte!

Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt auch in Kriegsgebiete. Regierungen benutzen diese Waffen, um Bevölkerungen wie z.B. die Kurden in der Türkei mit Krieg und Repression zu überziehen und demokratische Entwicklungen zu verhindern. Innerstaatliche Kriege werden mit deutschen Waffen geführt.

**Wir fordern:** Rüstungsexporte müssen geächtet und gesetzlich verboten werden. Ein Exportverbot für Kleinwaffen, für Munition und Waffenfabriken sowie für schwere Waffen und Rüstungsgüter ist überfällig. Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produkte muss gefördert werden.

## Gegen Rekrutierung. Gegen die Militarisierung des Bildungswesens und der Gesellschaft.

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht sind wir mit einer Werbe-Offensive der Bundeswehr konfrontiert. Besonders in Schulen, auf Jobmessen und Veranstaltungen rekrutieren Werbespezialisten der Bundeswehr. Bundeswehrreservisten werden mit Kommunen und zivilem Katastrophenschutz verknüpft.

**Wir fordern:** Keine Bundeswehr an Schulen. Zivilklauseln an Hochschulen sind flächendeckend einzufordern und dort, wo sie bereits existieren, durchzusetzen. Dagegen sind Friedenserziehung und -forschung zu fördern. Auflösung der Kreisverbindungskommandos.

## Für Solidarität mit MigrantInnen und eine humane Flüchtlingspolitik!

Kriegs-, Macht- und Handelspolitik der reichen Staaten des Westens sind wesentliche Ursachen weltweiter Fluchtbewegungen.



**Wir fordern** das Ende der menschenrechtswidrigen Asyl- und Einwanderungspolitik der Regierenden der „Festung Europas“. Eine andere Wirtschafts- und Entwicklungspolitik muss die Grundlagen dafür schaffen, dass die Lebensbedingungen der Menschen in sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern verbessert werden. Abschiebungen in unsichere Staaten wie Afghanistan stoppen.

### **Naziorganisationen verbieten und faschistische Ideologie bekämpfen!**

Die einseitigen Diskussionen über die sogenannte „Flüchtlingskrise“ in Politik und Medien tragen dazu bei, rechtspopulistischen, rechtsextremen, neofaschistischen und nationalistisch-rassistischen Ideologien, Strömungen und Parteien Auftrieb zu geben.

**Wir fordern:** Aktivitäten von Neonazis sind zu unterbinden. Die Rolle des Verfassungsschutzes und sogenannter V-Leute in der rechten Szene muss lückenlos aufgeklärt werden. Die Überwachung und Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten durch staatliche Organe ist zu beenden.

### **Keine Kampfdrohnen und Kriegsroboter!**

Die Bundesregierung plant den Ausbau von Drohentechnologie für elektronische Spionage, zur Zielerfassung und als Kampfdrohnen.

Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt generell die Schwelle zum Gewalteintritt und führt zu neuem Wettrüsten.

**Wir fordern:** Verzicht auf die Einführung von Robotertechnologie für die Bundeswehr. Kampfdrohnen müssen weltweit geächtet werden. Jagel in Schleswig-Holstein darf nicht zum Stationierungsort von Großdrohnen werden. Die BRD muss die zentrale Relaisstation des weltweiten US-Drohnenkrieges auf der US-Militärbasis in Ramstein ebenso schließen wie AFRICOM in Stuttgart, wo Ziele für Drohneneinsätze in Afrika ermittelt werden.



**Veranstalter: FRIEDENSFORUM LÜBECK**

**Musikalische Beiträge:** „Sich fügen heißt lügen!“ von **Sokugayu** (Arnika Kuff und Joachim Lützwow) aus Hamburg. Sie singen selbstvertonte Texte von Erich Mühsam ♦ Friedenslieder von **Lars Horst** (Gitarre und Gesang), FAIRverEINEN Lübeck

**Unterstützerinnen und Unterstützer:** Pastor Volker Bethge, M.A. Lübeck ♦ Heidi Beutin, Landesvorstand Ver.di Nord ♦ Dr. Wolfgang Beutin, Köthel Autor u. Privatdozent in Bremen ♦ Hans-Ernst Böttcher; ♦ Ute Frederike Jürß, Lübeck ♦ Horst Grünwald, Mölln ♦ Walter Hähnel, Lübeck **sowie:** Attac ♦ DFG-VK Bad Oldesloe (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner) und Landesverband HH/SH der DFG-VK ♦ Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Lübeck/Südost-Holstein ♦ DGB Region Schleswig-Holstein Südost ♦ DIE LINKE. Krs. Hzt. Lauenburg ♦ DIE LINKE, Krs. Lübeck ♦ FAIRverEINEN e.V. Lübeck ♦ Humanistische Union Lübeck ♦ KISS Lübeck, Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen ♦ Lübecker Gehörlosenverein von 1910 e.V. ♦ MLPD Lübeck ♦ Piratenpartei Lübeck ♦ Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Lübeck/Südost-Holstein ♦ Terre des hommes, Arbeitsgruppe Lübeck ♦ ver.di, Bezirk Lübeck/Ostholstein ♦ VVN-BdA - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen e.V. Kreis Lübeck/ Hztg. Lauenburg